

Brauchen wir noch Strom aus Braunkohle?

Pro: Dietmar Nietan

Zurzeit werden noch etwa 40 Prozent unseres Stroms aus Atomenergie und Braunkohle gewonnen. In den nächsten sechs bis acht Jahren aus der Atomenergie auszusteigen und gleichzeitig durch staatliche Eingriffe in den Energiemarkt, wie sie das „Baake-Papier“ aus dem Bundeswirtschaftsministerium vorsieht, auch noch die Stromerzeugung aus Braunkohle zu kappen, käme einem industriepolitischen Amoklauf gleich.

Ja, wir brauchen Strom aus Braunkohle noch für eine überschaubare Übergangszeit. Die Braunkohleverstromung wird in einem schrittweisen, planbaren Prozess bis etwa 2050 auslaufen. Gleichzeitig werden die erneuerbaren Energien weiter wachsen. So bleibt genügend Zeit für einen erfolgreichen Strukturwandel. Weniger Braunkohle, mehr Erneuerbare und dazu noch ein gelungener Strukturwandel mit neuen Chancen für die Menschen und die Wirtschaft in unserem Rheinischen Revier – genau das nenne ich eine nachhaltige Politik, die zum Wohle von Mensch und Umwelt Industriepolitik und Energiewende miteinander verbindet.

Doch diese Politik der vernünftigen kleinen Schritte in die richtige Richtung geht vielen nicht schnell genug. Sie dämonisieren die großen Kohlekraftwerke als Klimakiller, die man lieber heute als morgen abschalten muss. Das ist angesichts der in der Tat monströs erscheinenden Technik menschlich verständlich, aber industriepolitisch irrational.

Wir sind uns hoffentlich alle einig, dass wir die Klimaschutzziele nicht gefährden sollen und deshalb mehr CO₂ – auch bei den Kohlekraftwerken – einsparen müssen. Aber warum sollen dafür in überproportionaler Weise fast nur die Braunkohlekraftwerke erhalten mit der Folge eines Strukturbruchs, der Zehntausende Arbeitsplätze vernichten würde? Schließlich ist das CO₂ aus Braunkohlekraftwerken nicht giftiger als das CO₂, welches jeden Tag aus Millionen von Automotoren entweicht. Der Energieträger, der mit Abstand das meiste CO₂ in unserem Land produziert, ist das Mineralöl und nicht die Braunkohle. Vielleicht könnten wir ja die emotional aufgeladene Verteufelung der Braunkohle hinter uns lassen, um wieder einen klaren Kopf dafür zu bekommen, dass der Stromsektor nicht der einzige Bereich ist, in dem es deutlich mehr CO₂-Minderungen als bisher geben muss. So liegen etwa im Bereich der Energieeffizienz noch erhebliche Potenziale brach. Wer hier investiert, schafft übrigens – anders als durch Kraftwerksschließungen – wieder Werte und Wachstum, gerade auch für Handwerk und Mittelstand. Warum stecken wir also nicht viel mehr Energie in diese Überlegungen?

Ja, wenn man die ganz lange Perspektive nimmt, hat Braunkohle bei der Energiewende keine Zukunft. Das wissen wir. Aber bis es so weit ist, sichert sie die Zukunft unserer exportabhängigen Industrienation. Sie steht für Versorgungssicherheit, wenn die Sonne einmal nicht scheint und auch der Wind nicht weht. Darauf können die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Revier und wir alle in der Region stolz sein.

Brauchen wir noch Strom aus Braunkohle?

Kontra: Oliver Krischer

In Deutschland gibt es einen über alle Bundesregierungen und Parteien seit Jahren getragenen Konsens, die CO₂-Emissionen um 40 Prozent bis 2020 gegenüber 1990 zu reduzieren. Alle Sektoren müssen dazu ihren Beitrag leisten – auch die Braunkohle im Rheinland. Deren Emissionen sind aber unverändert hoch. RWE hat in den 20 Jahren also alle Versprechen gebrochen. Um das Klimaschutzziel zu erreichen, hat Sigmar Gabriel einen Vorschlag gemacht, der der gesamten Energiewirtschaft einen Einsparbeitrag von 22 Millionen Tonnen CO₂ mit einer „Klimaabgabe“ abverlangt. Eigentlich müssten es 70 Millionen Tonnen sein, doch der SPD-Wirtschaftsminister ist ausgesprochen großzügig zur Energiebranche. Dass im Rheinischen Braunkohlerevier dennoch von einer skurrilen Koalition der Braunkohlefreunde aus CDU, SPD, Verdi, IGBCE, IHK und anderen ein nicht gekanntes Untergangsgeschrei angezettelt wird, ist absurd. Da sollen über 100.000 Arbeitsplätze gefährdet sein in einer Branche, die deutschlandweit nicht mal mehr 20.000 Beschäftigte hat.

Wenn bei RWE Arbeitsplätze gefährdet sind, so liegt das nicht am Klimaschutz, sondern am Missmanagement von Konzernbossen, die die erneuerbaren Energien erst ausgelacht, dann ignoriert, schließlich bekämpft und zum Schluss verschlafen haben. So wurden Milliarden Gewinne aus der Braunkohle nicht in zukunftsfähige Technologien und Arbeitsplätze investiert, sondern verzockt auf Abenteuer Spielplätzen im In- und Ausland. Geblieben ist ein gigantischer Schuldenberg, ein nicht mehr zukunftsfähiges Geschäftsmodell und der Zweifel, ob der Konzern überhaupt noch in der Lage ist, für seine Altlasten bei Atom und Braunkohle aufzukommen. Gerade Letzteres muss die Braunkohleregion mit großer Sorge erfüllen.

Wenn die Rudi Bertrams, Wolfgang Spelthahns und Frank Bsirskes dieser Welt Sorge um die Arbeitsplätze vorgeben, dann muss man doch fragen, warum haben diese Herren als Mitglieder von RWE-Aufsichtsgremien Zukunftsverweigerung bei RWE jahrelang mitgetragen?

Es ist absurd, wenn im Energiewendeland Deutschland über 40 Jahre alte klimaschädliche Braunkohlekraftwerke weiterlaufen sollen, aber hocheffiziente Gaskraftwerke wie zum Beispiel Hürth stillstehen und sogar demontiert werden sollen, weil sie gegen den Braunkohlestrom keine Chance haben. Der hat wegen des gescheiterten Emissionshandels einen ungerechtfertigten Wettbewerbsvorteil. Deshalb unterstützen die Stadtwerke, auch die Stawag Aachen, ausdrücklich die Klimaschutzabgabe. Braunkohle gefährdet Tausende Arbeitsplätze bei Stadtwerken, bei erneuerbaren Energien, bei Kraft-Wärme-Kopplung – auch in der Region. Die Zeit der Braunkohle ist vorbei, denn niemand will neue Tagebaue. Es geht also nur noch um das Wie. Die Verantwortlichen im Rheinischen Braunkohlerevier sind aber gerade dabei, die Fehler des Ruhrgebiets in der Steinkohle aus den 90er Jahren zu wiederholen und die Realitäten zu verweigern. Die Folgen kann man in Teilen des Ruhrgebiets heute besichtigen. Das sollten wir der Region ersparen.